ZEITUNG ZUM
REVOLUTIONÄREN

1. MAI

perspektive
KOMMUNISMUS

EINLEITUNG

Klassenkampf, Revolution, Sozialismus – im Kontext des 1. Mai setzen wir die Forderung nach einer Perspektive jenseits des Kapitalismus auf die Tagesordnung. Weltweit gehen am internationalen Kampftag der ArbeiterInnenklasse Menschen auf die Straße, um für ein selbstbestimmtes Leben und gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu demonstrieren.
Gründe auf die Straße zu gehen gab es im vergangenen Jahr viele. Sei es das Erstarken der Rechten, die Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen oder die zunehmende imperialistische Aggression, die immer wieder neue Kriege nach sich zieht.

Am 1. Mai führen wir die Kämpfe aus den verschiedenen Teilbereichen revolutionärer Politik zusammen. Denn ohne eine Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse werden diese gesellschaftlichen Widersprüche immer wieder aufbrechen.
Auch 2017 beteiligen wir, die in Perspektive Kommunismus organisierten Gruppen, uns bundesweit in mehreren Städten an den antikapitalistischen 1. Mai-Aktivitäten. Die Zeitung zum Revolutionären 1. Mai beinhaltet Informationen, Analysen und Debattenbeiträge zu aktuellen politischen Themen.

PERSPEKTIVE KOMMUNISMUS

Wir sind ein Zusammenschluss linker Gruppen, der seit 2014 besteht. Schon länger verfügen wir über gemeinsame Erfahrungen in verschiedenen überregionalen politischen Kampagnen, beispielsweise gegen imperialistische Kriege oder reaktionäre und faschistische Strömungen. Wir sind uns einig in der Notwendigkeit einer bundesweiten, aktionsorientierten und revolutionären kommunistischen Organisation. Mit dem Projekt Perspektive Kommunismus wollen wir dazu beitragen, die Basis für eine solche Organisation zu schaffen und der Zersplitterung der revolutionären Linken in der BRD entgegenwirken. Von einem proletarischen Klassenstandpunkt aus wollen wir die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus, wieder auf die Tagesordnung setzen.
Wir verstehen uns dabei weder als loser Zusammenschluss noch als feste, quasi „fertige“ Struktur. Die Perspektive Kommunismus soll vielmehr ein erster Schritt, hin zu einer, noch mit weiteren Kräften zu entwickelnden, revolutionären Organisation sein.
Ein politischer Grundlagentext, Aufrufe zu gemeinsamen Mobilisierungen und Infos zu den beteiligten Gruppen finden sich auf unserer Homepage: perspektive-kommunismus.org

EIGENTUMSVORBEHALT
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM
Verantwortliche im Sinne des Presserechts:
Ilse Becker, Leverkusenstr. 2, 22761 Hamburg
Kontakt: Bitte ausschließlich per Mail an
mail@perspektive-kommunismus.org
www.perspektive-kommunismus.org

AUFLÖSUNG DES KREUZWORTRÄTSELS AUF SEITE 16:
01. Heiß, 02. Klassenprojekt, 03. Rollback, 04. Bundestagswahl, 05. Straße, 06. Streik, 07. Hetze, 08. Frauen, 09. Pflegekräfte, 10. Russland, 11. G20, 12. Scheiße, 13. Kommunismus

INHALT

Leitartikel — Unsere Wahl: **Klassenkampf, Revolution, Sozialismus.** Seite 4

Geschichte — 100 Jahre **Oktoberrevolution** Seite 8

Klassenkampf — **Kapitalismus macht krank** Seite 10

Kampagnen — Gemeinsam gegen den **G20-Gipfel in Hamburg** Seite 12

Internationalismus — Nein zur **Diktatur in der Türkei!** Seite 14

Kreuzworträtsel & Termine Seite 16

2017 wird ein Jahr der Entscheidung. Die Bundestagswahl am 24. September wird ein Gradmesser dafür sein, in welche Richtung sich die gesellschaftlichen Verhältnisse weiterentwickeln.
Für alle, die sich nicht mit dem Rechtsruck, mit kapitalistischer Ausbeutung und Kriegspolitik abfinden wollen, kommt es deshalb darauf an, mit allen verfügbaren Kräften in die Offensive zu gehen - für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus!

Es heißt immer wieder Deutschland sei „gestärkt“ aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 hervorgegangen. Das stimmt für die Chefetagen der großen Unternehmen, die Banken und ihre Aktionäre – sprich für die herrschende Klasse. Doch der größte Teil der Bevölkerung profitiert davon nicht. Auch hier verschärft sich der Klassenkampf von oben.
Der Angriff auf das Streikrecht durch das „Tarifeinheitsgesetz“, die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, sowie der Ausbau von Werkverträgen setzen die lohnabhängige Bevölkerung unter Druck und sorgen für immer mehr prekäre Beschäftigung. Bei den Tafeln stehen so viele Bedürftige um Lebensmittelspenden an, wie nie zuvor. Laut dem Statistischen Bundesamt sind inzwischen schon 15,7% der Menschen in Deutschland von Armut gefährdet – das ist der höchste Stand seit über 25 Jahren!

Jede Krise der herrschenden Ordnung eröffnet zumindest prinzipiell die Möglichkeit diese Ordnung zu überwinden: Durch Revolution.
Und in der Tat gibt es eine stärkere Politisierung. Nach jahrelangem Abwärtstrend steigt die Wahlbeteiligung in Deutschland und anderen kapitalistischen Ländern. So lag die Wahlbeteiligung im Saarland bei 69,7% (dem höchsten Wert seit 1994), in Baden-Württemberg ist sie 2006 zu 2016 von 53,4% auf 70,4% angestiegen, in Sachsen-Anhalt von 44,4% auf 61,1%.
Relevante Teile der Gesellschaft geben ihre Resignation auf und kommen in Bewegung - allerdings in der Mehrzahl nicht in Richtung sozialen Fortschritts.

Rechte kanalisieren das Protestpotential
Stattdessen profitieren von dieser Situation aktuell die Rechten. Sogar das Projekt „Europäische Union“ droht scheinbar daran zu zerbrechen – wer hätte das vor einem Jahr für möglich gehalten? Eine knappe Mehrheit stimmte im Juni 2016 überraschend für den Austritt Großbritanniens aus der EU. Vor allem weil es gelang Abstiegsängste auf EinwanderInnen als Sündenböcke abzulenken. Dabei ist natürlich nichts falsch an der Ablehnung des imperialistischen Projekts EU. Aber es waren die rechten, rassistischen Kräfte, die die Kampagne geprägt haben.

Donald Trump in den USA, Geert Wilders in den Niederlanden, Marine Le Pen in Frankreich. Überall erstarken Rechte, die sich „revolutionär“ geben, aber die herrschenden Ausbeutungsverhältnisse nicht nur unangetastet lassen, sondern diese weiter verschärfen. So hat Donald Trump - beraten unter anderem von Steve Mnuchin und Gary Cohn, beide vorher bei Goldman Sachs - angekündigt, den Finanzmarkt stärker zu deregulieren. Mehr Profite also für die Finanzmärkte und bei der nächsten Krise springt wieder der Staat ein und wälzt die Kosten auf die Bevölkerung ab.

Die Regierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist ernsthaft durch Abwahl gefährdet. Durch eine rassistische Massenbewegung, die teils zum „Sturz des Systems“ aufruft. Nachdem Merkel jahrelang mit einer neoliberalen, technokratischen und autoritär verwaltenden Politik rekordverdächtige Zustimmungswerte erreicht hatte. Bisher gelang es, alle für den Profit der Kapitalbesitzenden notwendigen Einschnitte bei Löhnen und Sozialleistungen für die deutsche Bevölkerung in einem solchen Maß zu dosieren, dass sich kein Protest formierte. Den Preis dafür zahlt die ArbeiterInnenklasse, hier in Deutschland, im verschuldeten Südeuropa und entlang der Warenproduktionsketten und Transportwege aus den Entwicklungsländern.

Seit 2015 fliehen immer mehr Menschen vor Kriegen, Elend und Diskriminierung ins vermeintlich sichere Europa. Auch Deutschland verursacht Flucht bspw. durch die Beteiligung am Afghanistankrieg. In Syrien wechselte die deutsche Regierung zwischen der Unterstützung von bewaffneten Rebellen und dem kalkulierten „Ausblutenlassen“.
Die Ankunft der Geflüchteten in Deutschland nutzten seitdem alle rechten und rassistischen Kräfte zur Mobilisierung. Ihre gesellschaftliche Basis finden sie vor allem bei kleinbürgerlichen Schichten, aber auch bei ArbeiterInnen, die bereits abgehängt oder von sozialem Abstieg bedroht sind. Bei vielen greift die Angstmache, Geflüchtete seien eine weitere Konkurrenz um Jobs, Lebensstandards, Sozialleistungen und Kita-Plätze. Der rassistisch motivierte Terror wütet bereits. Nach offiziellen Angaben gab es 2016 schon mehr als 2.500 Angriffe auf Flüchtlinge und fast 1.000 Anschläge auf ihre Unterkünfte.

Die Regierung – von der AfD getrieben
Die AfD als politischer Arm der rassistischen Bewegung zog mit neoliberalen, konservativen bis offen faschistischen Positionen schon in elf Landesparlamente ein. Demnächst wählen Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Nach derzeitigen Umfragen schafft es die AfD auch in den Bundestag.

Deshalb versuchen die regierenden Parteien CDU/CSU und SPD mit immer schärferer Abschottungspolitik verlorene WählerInnen zurückzugewinnen und übernehmen die AfD-Forderungen. So hat Angela Merkel Massenabschiebungen von Flüchtlingen, auch in Kriegsgebiete wie Afghanistan, zur „nationalen Kraftanstrengung“ erklärt. Die CSU bekämpft den „politischen Islam“ als ihr Hauptfeindbild. Die Regierenden und die rechte Opposition treiben die Spirale der rassistischen Ausgrenzung und Verfolgung immer weiter!

Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten!
Was heißt das für uns? Grundsätzlich ist für uns – wenn wir nicht nur einzelne Symptome des Kapitalismus kritisieren wollen, sondern das ganze System abschaffen wollen – nicht die Zusammensetzung des bürgerlichen Parlaments die Hauptfrage. Vielmehr geht es um die revolutionäre Organisierung der lohnabhängigen Klasse. Die Wahl des Parlaments ist immer Teil des kapitalistischen Systems und kein Instrument zur revolutionären Veränderung. Die regierenden Parteien bedienen das Interesse der herrschenden, kapitalbesitzenden Klasse und rechtfertigen diese Politik mit der angeblich notwendigen „Wettbewerbsfähigkeit“. Sogar im Entwurf des neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegten WissenschaftlerInnen: Der Bundestag beschließt Gesetze häufiger im Sinne der Besserverdienenden, selten nach dem Willen der Geringverdienenden. Das ist kein Zufall und hat auch nichts damit zu tun, ob gerade die CDU oder die SPD die stärkste Fraktion stellt. Es ist schlicht die Aufgabe eines kapitalistischen Staates, die Interessen der Reichen umzusetzen und allen anderen nur insoweit entgegenzukommen, dass es möglichst zu keinen sozialen Unruhen und Aufständen kommt.

Für uns ist es aber auch nicht ganz unwichtig, welche Kräfte wie stark im Bundestag vertreten sind, weil das zum einen ein Ergebnis der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft ist und diese zum anderen auch wieder beeinflusst. Es macht also einen Unterschied, ob die Linkspartei als Oppositionsführerin im Bundestag die kapitalistische Ordnung – wenn auch reformistisch – kritisiert, oder ob die AfD an ihrer Stelle Hass gegen Geflüchtete und MuslimInnen schürt. Denn die Argumentationen der parlamentarisch etablierten Parteien bekommen in den Massenmedien besondere Aufmerksamkeit und werden zur Orientierung für die Gesellschaft. Auch das bürgerliche Parlament ist ein Kampffeld, das für die außerparlamentarische Linke relevant ist.

Wahlboykott? - Ändert auch nichts…
Ein Aufruf zum Wahlboykott - wenn er überhaupt eine Auswirkung hat - „delegitimiert“ das System in der jetzigen Situation überhaupt nicht, sondern schwächt nur die parlamentarische Linke und stärkt die rechten und rassistischen Kräfte noch weiter.
Wie repressiv eine Regierungspolitik ist, wie gut unsere Kampfbedingungen für revolutionäre Veränderung sind, wie sehr eine Regierung Lohnabhängige gegeneinander ausspielt, all das hängt auch davon ab, welche Mehrheitsverhältnisse im Parlament herrschen.

Im Wahlkampf und danach: Den rechten Hetzern entgegentreten
Der größte Rechtsruck droht nach einem Einzug der AfD in den Bundestag am 24. September. Um das möglichst zu verhindern, muss die AfD als stärkste und politisch gefährlichste Kraft des offen rechten Lagers im Wahlkampf angegriffen und geschwächt werden. Öffentliche Veranstaltungen, Wahlkampfmaterial, Infrastruktur und Repräsentanten der Partei können Ansatzpunkte für antifaschistische Intervention und das Zurückdrängen der AfD sein.

und zur Politik der Regierenden nicht schweigen!
Die Bilanz von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP ist ebenfalls düster: Sie sind das etablierte Verwaltungspersonal der Ausbeutungsverhältnisse und verantwortlich für Sozialabbau und Kriegspolitik. Egal, ob sie sich als Kraft der Vernunft oder der Gerechtigkeit für „die kleinen Leute“ inszenieren: Ihre Wahlpropaganda darf nicht unwidersprochen bleiben und muss zu unserem Angriffsziel werden.

Seit dem Antritt von Martin Schulz als Kanzlerkandidat steigen die Umfragewerte der SPD steil an. Schulz verbreitet die Illusion, er wolle die Sozialabbau-Agenda 2010 der SPD revidieren und „Gerechtigkeit“ für die „hart arbeitenden Menschen“ schaffen. Das ist zwar nur Wahlkampfpropaganda, aber sie mobilisiert offensichtlich ebenfalls erfolgreich die Bedürfnisse der Menschen, welche die neoliberale Politik ins Abseits gedrängt hat.

Schulz ist eine Reaktion darauf, dass es immer noch viele Menschen gibt, für die die etablierten PolitikerInnen der SPD nach Agenda 2010 und Jahren von Großer Koalition nicht mehr glaubwürdig für irgendeine soziale Agenda stehen – die auf der anderen Seite aber nicht bereit sind, mit der SPD zu brechen und sich weiter nach links zu orientieren.

Solidarisch mit allen linken Kräften?
Andererseits kann es keine simple Wahlempfehlung für die Partei „Die Linke“ geben. Sahra Wagenknecht versucht AfD-WählerInnen mit kruden Positionen zu Flüchtlingen abzuwerben. Auch könnte die Linkspartei zentrale Positionen gegen Kriegspolitik, Sozialabbau und Abschiebungen

aufgeben, um mit SPD und Grünen als Rot-Rot-Grün zu regieren, wie es der rechtere Parteiflügel schon vorbereitet. Den konsequent antikapitalistischen Teilen der Linkspartei hingegen gilt unsere Solidarität.

Ob sich der Wunsch nach einer solidarischen Gesellschaft nun auf dem Wahlzettel in einem Kreuz bei der Linkspartei, der DKP oder einer anderen linken Partei ausdrückt, ist nicht so wichtig, wir sollten all diese Stimmen als Motivation für einen gemeinsamen Kampf sehen.

Gewinnen können wir nur in der Offensive!
Dennoch: Für eine demokratische und solidarische Gesellschaftsordnung müssen wir den Kapitalismus revolutionär überwinden und damit auch seinen bürgerlichen Staat abschaffen. Die herrschende Klasse wird ihre Macht mit allen Mitteln verteidigen, selbst gegen eine demokratisch gewählte Regierungsmehrheit. Die Geschichte der SPD und der Grünen zeigt: Mitregieren endet bei der Verwaltung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse.

Wer ein menschenwürdiges System will, wer Ausbeutung, Krieg und Rassismus tatsächlich die Grundlage entziehen will – muss kämpfen und sich organisieren. Ändern wird sich erst etwas, wenn wir uns für unsere Interessen organisieren. Im Betrieb, in der Schule, in Gewerkschaften, in antifaschistischen und antimilitaristischen Initiativen und nicht zuletzt in antikapitalistischen, revolutionären Organisationen. Mit der Perspektive einer solidarischen und klassenlosen Gesellschaft müssen wir gemeinsam eine organisierte Gegenmacht, gegen die Macht der Herrschenden und ihre Welt des Profits aufbauen.

Wir werden uns weiter organisieren, um für eine sozialistische gesellschaftliche Alternative zu kämpfen und das bestehende System zu stürzen - egal, wer nach der Wahl die nächste bürgerliche Regierung bildet!

100 JAHRE OKTOBERREVOLUTION

„Lenin - der Fanatiker der Macht“, „Der Putsch der Bolschewisten“, so oder ähnlich tönen alle bürgerlichen Medien, wenn es um die Oktoberrevolution vor hundert Jahren in Russland geht.
Was aber war die Oktoberrevolution? Es war die erste erfolgreiche sozialistische Revolution, noch dazu im größten Land der Welt. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde ein Land von einfachen ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen und Soldaten regiert! Anstelle des Parlaments enstanden Räte (Sowjets), die die Gesellschaft zum Wohle der Masse der Bevölkerung verändern sollten. In den Räten konnten die Gewählten nicht mehr tun und lassen was sie wollten, sondern sie waren ihren WählerInnen verpflichtet und mussten tun, wofür sie gewählt wurden, ansonsten mussten sie ihr Mandat wieder abgeben.

Wie kam es damals zur Oktoberrevolution?
Anfang 1917 tobte der Erste Weltkrieg noch ungebrochen: Millionen von ArbeiterInnen und BäurInnen lagen in den Schützengräben und schlachteten sich gegenseitig ab oder lieferten schlicht das Kanonenfutter für unvorstellbare Materialschlachten. In der Heimat litt überall die Masse der Bevölkerung Hunger, doch nur in Russland gab es einen Aufstand: Die sogenannte Februarrevolution beendete die Herrschaft des Zaren, der für seine Brutalität und sein Schwelgen in Luxus weithin verhasst war. Die unterernährten Soldaten an der Front und die erschöpften ArbeiterInnen in den Fabriken, schöpften nun Hoffnung, dass bald der Krieg beendet würde und bessere Zeiten kommen würden. Doch das Ergebnis der Februarrevolution war nur, dass anstelle des Kabinetts des Zaren eine provisorische Regierung, bestehend aus bürgerlichen PolitikerInnen und rechten SozialdemokratInnen, an der Macht war und so weiter machte wie bisher. Mit dem einzigen Unterschied, dass von Frieden und Landverteilung gesprochen wurde, ohne dass praktisch was dafür getan wurde.
Die Enttäuschung und Unzufriedenheit der Massen machte sich Luft: Soldaten desertierten zu Hunderttausenden von der Front, es gab Hungermärsche, Streiks in allen großen Fabriken und Landbesetzungen der armen BäurInnen. In dieser Situation waren es die Bolschewiki mit Lenin als zentraler Persönlichkeit, die im Oktober 1917 die Initiative ergriffen und die provisorische Regierung absetzten. Hierbei spielte die ArbeiterInnenklasse in den großen Industriezentren, v.a. in Petrograd und Moskau eine entscheidende Rolle. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit wurde sie zur Führungsmacht. Es begann die Herrschaft der Sowjets, in denen die Bolschewiki immer einflussreicher wurden und die sich auf die große Masse der ArbeiterInnen, BäuerInnen und Soldaten stützte.
Die Bolschewiki beendeten für Russland den Krieg, begannen mit der Landverteilung und enteigneten die bisherigen Fabrikherren. Auch gaben sie allen Völkern die Freiheit sich von Russland unabhängig zu machen, was die neu gegründete finnische Republik im November 1917 auch tat.
Für die imperialistischen Staaten war die Herrschaft von ArbeiterInnen im größten Land der Erde eine ungeheure Provokation: Während sie kurz zuvor noch das gegenseitige Massenabschlachten organisiert hatten, organisierten sie nun eine gemeinsame Intervention gegen das revolutionäre Russland mit dem Ziel die Herrschaft der Sowjets zu beenden. Sie unterstützen die ehemaligen russischen Großgrundbesitzer, ehemaligen Fabrikeigentümer und zaristischen Generäle mit Truppen,Waffen und Geld. Die GegnerInnen der Revolution stürzten das Land in einen Bürgerkrieg, bei dem mehr als 8 Millionen Menschen ihr Leben verloren. Dem hart errungenen Sieg im Bürgerkrieg 1920 folgten schwere Jahre des Mangels und des Wiederaufbaus des zerstörten Landes.
Die Bolschewiki waren erfolgreich, weil sie als einzige konsequent und überzeugend für das Ende des Krieges, für Fabriken in den Händen der ArbeiterInnen und für die Umverteilung des Landes eintraten. Ihrem Erfolg ging eine jahrelange Aufbauarbeit voraus, oft unter schwierigsten Bedingungen, wie Verfolgung durch die zaristische Geheimpolizei.
Nach dem Sieg hofften die Bolschewiki in Russland auf erfolgreiche Revolutionen im Westen. Diese blieben aus, dennoch hatte die Oktoberrevolution eine Strahlkraft, die alle Kontinente erreichte und über Jahrzehnte anhielt. Sie erzwang beispielsweise Zugeständnisse der Kapitalistenklasse für den Lebensstandard der ArbeiterInnen in West-Deutschland, die erst wieder ab Anfang der 1990er Jahre Schritt für Schritt zurückgenommen wurden, als sich der Kapitalismus als „alternativlos“ darstellen konnte.
Trotz der fast hoffnungslosen Ausgangssituation, schaffte es die Sowjetunion innerhalb weniger Jahre und Jahrzehnte enorme Entwicklungen in Gang zu bringen. Die Fabrikherren und die Großgrundbesitzer wurden enteignet und die Herstellung von Gütern zunehmend im Interesse der ganzen Gesellschaft organisiert und weiterentwickelt. Die Enteignung der Produktionsmittel schuf die Voraussetzung dafür, dass der Jagd nach Profit ein Ende gemacht wurde. Das Bildungswesen wurde umgebaut und den breiten Massen zugänglich gemacht und die Alphabetisierungsrate wurde von Jahr zu Jahr gesteigert. Auch wurde die kostenlose medizinische Versorgung ständig erweitert und die Infrastruktur, z.B. durch den Bau von Straßen oder Schienen ausgebaut. Nicht zuletzt gab es Erfolge in Sachen Frauenrechte, wie Mutterschutzurlaub, Kinderkrippen oder das Recht auf Abtreibung – mehr als in jedem anderen Land der Welt zu dieser Zeit. Homosexualität wurde legalisiert und 1922 erlaubte ein Gericht die Ehe zwischen einer Frau und einem transsexuellen Mann, mit dem simplen Argument, dass diese freiwillig geschlossen wurde. Die Sowjetunion entwickelte sich insgesamt von einem absolut rückständigen Land, zum zweitgrößten Industrieland der Welt. Im Jahre 1929 wurde sogar der 7-Stunden-Tag eingeführt und wenige Jahre später wurde unter gigantischen Opfern der Nazifaschismus besiegt und das teilweise völlig zerstörte Land wieder aufgebaut. Und während zur Zeit der Oktoberrevolution die Landbevölkerung noch wie im Mittelalter lebte, schaffte es die Sowjetunion in den 50er Jahren sogar die Raumfahrtechnologie der USA zu übertrumpfen.
In der Außenpolitik waren Friedenspolitik und internationale Solidarität Grundlage der Politik.
Die Probleme und Fehlentwicklungen, wie eine schleichende Bürokratisierung und ein repressiver Umgang mit gesellschaftlichen Widersprüchen, die es innerhalb der Sowjetunion auch gab, brauchen dabei weder bestritten, noch beschönigt zu werden. Sie müssen aber sachlich und vor dem Hintergrund der gegebenen Umstände beurteilt werden. Schließlich kann niemand ernsthaft behaupten, grundlegende gesellschaftliche Umbrüche können reibungslos stattfinden, insbesondere in einer Welt in der Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Elend zum Alltag gehören und die Menschen seit Jahrhunderten prägen.
Mit der Oktoberrevolution begann eine neue Epoche, die gezeigt har, dass es möglich ist, dass eine Gesellschaft Güter für alle und nicht nur Waren für den Profit einer kleinen Minderheit, namentlich der Bourgeoisie, produziert. Der Begriff „Diktatur des Proletariats“, der bei vielen Menschen erst einmal negative Gefühle auslöst, ist eigentlich nichts anderes, als die Herrschaft der großen Mehrheit der Lohnabhängigen über die kleine Minderheit der Kapitalisten. Und die Herrschaft der Mehrheit über eine kleine Minderheit - das ist nichts anderes als Demokratie.
Die Novemberrevolution ein Jahr später, im Jahr 1918 in Deutschland zeigte dann auf tragische Weise, welche Rolle die richtige Organisierung spielt. In Deutschland waren alle linken Kräfte in der SPD geblieben und erst Anfang 1919 wurde eine kommunistische Partei gegründet, die dem Vormarsch der Konterrevolution nichts mehr entgegensetzen konnte. Eine grundlegende Änderung von gesellschaftlichen Verhältnissen konnte so nicht mehr stattfinden und schon wenig später übergab die herrschende Klasse die Macht an die Nazis - mit dem bekannten Ergebnis von Terror, Krieg und Völkermord.
Die Errungenschaften der Oktoberrevolution zeigen uns heute noch was man erreichen kann, wenn man sich organisiert. Gemeinsames Handeln und Planen zum Wohl der ganzen Gesellschaft, das sind die Leitlinien jeder fortschrittlichen Entwicklung.
Denn die Herrschaft des Kapitalismus ist nicht unerschütterlich und wird nicht ewig andauern. Im Gegenteil: Ein System, das ständig Verarmung, Umweltzerstörung und Krieg erzeugt, hat auf Dauer keine Zukunft. Auch ist die Gefahr von globalen militärischen Auseinandersetzungen nicht gebannt. Neben dem schon laufenden Stellvertreterkrieg in Syrien, lässt die NATO gegenüber Russland die Muskeln spielen. Und anstatt abzurüsten, werden gerade überall die Atomwaffen „modernisiert“. Auch, dass in der Türkei oder in vielen Ländern Lateinamerikas reaktionäre Kräfte in der Offensive sind, weist daraufhin, dass wir unruhigen Zeiten entgegengehen. Das heißt aber auch, dass die Aussage von Lenin, eine revolutionäre Situation entsteht dann, wenn die Herrschenden nicht mehr weiter können und die Beherrschten nicht mehr weiter wollen, schon in naher Zukunft wieder aktuell sein kann.

KAPITALISMUS MACHT KRANK

DIE KOSTEN REBELLIEREN - ARBEITSKÄMPFE FÜR MEHR PERSONAL IN DER PFLEGE

Zwei bis drei Pflegekräfte für 35 PatientInnen, ständiger Stress und keine Zeit für Pausen? In vielen Krankenhäusern ist das heute normal. Der Personalmangel ist nicht zu übersehen und schadet PatientInnen und Beschäftigten gleichermaßen. Doch die fangen an sich zu wehren.

Die Gewerkschaft ver.di rechnet vor, dass den Krankenhäusern 162.000 Stellen fehlen, in der Pflege etwa 70.000. Sie versucht seit Jahren eine gesetzliche Regelung zu erwirken, die den Kliniken vorschreibt, wie viele Pflegekräfte auf eine bestimmte Anzahl PatientInnen einzusetzen sind. Bisher ohne Erfolg. Viele Beschäftigte haben das Warten satt und werden selbst aktiv. Im Berliner Universitätsklinikum Charité wurde erfolgreich für mehr Personal gestreikt. Nach einem langen Arbeitskampf gelang es 2016 einen Tarifvertrag durchzusetzen, der für viele Stationen Personalvorgaben festschreibt. Die Charité-Beschäftigten sind ein Beispiel dafür, welche Stärke eine selbstorganisierte Belegschaft entwickeln kann. Ihnen ist es gelungen, die Spaltung und Vereinzelung der Berufsgruppen stückweise zu überwinden. So haben sie die Krankenhausleitung, aber auch die eigene zögerliche Gewerkschaftsführung unter Druck gesetzt und zum Handeln gezwungen. Auch im Saarland sind die Pflegekräfte von 21 Kliniken zum Arbeitskampf übergegangen. Sie wollen die Verpflichtung der Geschäftsführungen zu Neueinstellung in die verhandelten Tarifverträge aufnehmen. Für andere Bundesländer sind in nächster Zeit ebenfalls Arbeitskämpfe für die Entlastung der Pflegekräfte zu erwarten.

Privatisierung und Ökonomisierung
Mit der Einführung von Fallpauschalen im Jahr 2004 hat sich die Krankenvorsorge grundlegend gewandelt. Die darin festgelegten Kriterien teilen die PatientInnen in bestimmte Fallgruppen ein, die unterschiedlich abgerechnet werden. Die Folgen sind der Anstieg der Fallzahlen und bestimmter Leistungen, die höhere finanzielle Vergütungen versprechen. Die Pflege der PatientInnen wird in den Fallpauschalen als feste Ausgabe verbucht, die möglichst gesenkt werden soll. Das Ergebnis ist, dass Krankenhäuser, die überleben wollen, sich an wirtschaftlichen Interessen orientieren müssen statt am medizinischen Bedarf. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege verschlechtern sich und die Versorgung der PatientInnen leidet.

Von dieser Entwicklung profitieren neben den staatlichen und kirchlichen Trägern, die Klinikkonzerne von Rhön, Helios oder Asklepios. Ihr Anteil ist kontinuierlich gewachsen. Vor allem die Fallpauschalen haben die Branche für privates Kapital geöffnet und der Logik der Profitmaximierung unterworfen. Gesundheit muss vor allem eins: Verwertbar sein. Heute macht der Krankenhaussektor jährlich über 800 Mio. Euro Gewinn. Geld, das ursprünglich die Lohnabhängigen für ihre Gesundheitsversorgung eingezahlt haben.

Solidarität organisieren!
Der Konflikt um den Personalmangel in den Krankenhäusern und die Entlastung der Beschäftigten wird weitergehen. Er wirft die Frage auf, was für ein Gesundheitssystem wir wollen? Und dieses Thema betrifft uns alle auf die eine oder andere Weise. Denn die Interessen privater Unternehmen decken sich nicht mit denen der Gesellschaft. Der Kapitalismus ruiniert unsere Gesundheit. Wer die Krankenpflege retten will, muss dafür sorgen, dass Gesundheit keine Ware mehr ist. Die Alternative wäre die Vergesellschaftung des Eigentums an den Krankenhäusern und ihre Überführung in basisdemokratische Kontrolle. Doch sozialen Fortschritt gab es noch nie geschenkt. Nur eine bereite Bewegung kann ihn erkämpfen. Auch wenn das nach Zukunftsmusik klingt, lohnt es sich dafür zu kämpfen. Ein Anfang ist, die Kolleginnen und Kollegen in den kommenden Arbeitskämpfen zu unterstützen.

GEMEINSAM GEGEN DEN **G20-GIPFEL IN HAMBURG**

Eine ganze Stadt im Ausnahmezustand. 15.000 Polizisten, Hubschrauber und Wasserwerfer, Panzerwagen und Kontrollen. Am 7. und 8. Juli richtet Hamburg den G20-Gipfel aus und die Stadt wird einer einzigen großen Festung gleichen. An diesem Sommerwochenende treffen sich die Regierungschefs der 20 wirtschaftlich stärksten Nationen in der norddeutschen Hansestadt. Doch eines steht fest: Wir lassen uns von dieser Drohkulisse nicht einschüchtern. Wir werden kommen, wir werden Tausende sein und wir werden den Gipfel stören!

In der Hamburger Innenstadt werden tausende AktivistInnen aus Deutschland und ganz Europa zu Gegenprotesten zusammenkommen. Der Unmut und Protest richtet sich gegen Trump, Merkel, Erdogan, Putin und Co., die neben anderen an dem Gipfeltreffen teilnehmen. Der Widerstand allerdings zielt auch auf eine Gesellschaftsordnung, die Armut erzeugt, ganze Länder für mehr Rohstoffe, mehr Marktzugang und mehr wirtschaftlichen Einfluss mit Kriegen überzieht und Repression ausübt.

Die am G20-Gipfel teilnehmenden Staaten versuchen ihr Zusammenkommen als ein Treffen darzustellen, an dem Lösungen für Hungerkatastrophen und Kriege gefunden werden. Wenn das stimmt, warum verwandeln sie dann Teile einer Großstadt in ein Freiluftgefängnis und verstecken sich mit tausenden Polizisten hinter Stacheldraht?

Warum werden dann hunderttausende Menschen aus ganz Europa nach Hamburg fahren und ihren Protest auf die Straße tragen?
Entgegen ihrer medialen Darstellung ist das Gegenteil der Fall: Gesellschaftliche Probleme werden bei diesem Gipfel nicht gelöst. Tatsächlich sind die Staaten der G20 für die weltweite soziale Ungleichheit, die zunehmenden Kriege und die Zerstörung der Umwelt verantwortlich. Bei diesem Treffen verschmelzen die nationalen Kapitalfraktionen mit Kriegstreibern und Ausbeutern.
Jährlich kommen die Staats- und Regierungschefs der G20 mit VertreterInnen der Weltbank und dem Internationalen Währungsfond zusammen. Damit treffen sich nicht nur die alten kapitalistischen Zentren USA, EU und Japan, sondern gesellen sich auch die neuen aufsteigenden kapitalistischen Mächte China, Brasilien und Russland an den Tisch der Mächtigen. Ihr Verhältnis zueinander ist geprägt von gemeinsamen Interessen, aber auch durch Spannungen und Konkurrenz.
Alle Machtblöcke ziehen an einem Strang, wenn es darum geht das weltumspannende kapitalistische System aufrecht zu erhalten - und damit die neoliberale Verwertung aller Lebensbereiche. Gleichzeitig verschärft sich die Konkurrenz um Marktzugänge, Handelswege und Rohstoffe. So ist China beispielsweise nicht nur Absatzmarkt und Produktionsstandort für westliche Konzerne, sondern rivalisiert mit seinen Unternehmen zugleich gegen das westliche Kapital.

CHOREOGRAPHIE DER PROTESTE

MITTWOCH **5. JULI**	DONNERSTAG **6. JULI**	FREITAG **7. JULI**	SAMSTAG **8. JULI**
Bezug des Protestcamps	Antikapitalistische Vorabend-Demonstration	Aktionstag und Blockaden am ersten Gipfeltag	Internationale Großdemonstration

Nicht unwesentlich ist bei dem Gipfel der Herrschenden auch die militärische Komponente. Die kriegerischen Brandherde werden mehr und der Kampf um weltweiten Einfluss und Kontrolle wird immer schärfer: Neben dem (Stellvertreter-) Krieg in Syrien, ist die Ukraine exemplarisch für widerstreitende Interessen zwischen den USA, Russland und Deutschland. Ging es der EU unter deutscher Führung tatsächlich mehr darum den ukrainischen Markt für europäische Konzerne zu erschließen, nutzten die USA den Regime-Wechsel in der Ukraine, um einen militärischen Konflikt an der Grenze zu Russland anzustacheln und den Konkurrenten in eine kriegerische Konfrontation zu ziehen. Die permanente Aufrüstung und Militarisierung der letzten Jahre zeigt die bestehende Gefahr weiterer Stellvertreterkriege und direkter militärischer Konfrontation.
Das erweiterte imperialistische Bündnis G20 will mit aller Gewalt sein neoliberales Projekt entgegen unser aller Bedürfnisse durchsetzen, was direkt mit dem Angriff auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen einhergeht. Wenn es nach der Vorstellung der Herrschenden geht, sollen wir auch in Zukunft eine Politik der Lohn- und Rentenkürzungen, dem Abbau von Sozialsystemen und Umweltschutz und einer weiteren Umverteilung von Unten nach Oben über uns ergehen lassen.
Über diese Tatsachen täuschen auch die scheindemokratischen Bemühungen in Form von Beteiligungsforen mit NGO's und Gewerkschaften nicht hinweg, die im Vorfeld stattfinden.

Uns geht es nicht darum Forderungen an die G20 zu stellen oder eine „konstruktive Kritik" zu äußern. Wir suchen nicht den Dialog, sondern die Konfrontation mit der kapitalistischen Herrschaft. Wir nehmen den G20-Gipfel zum Anlass, um für eine grundsätzliche Alternative zum Kapitalismus auf die Straße zu gehen. Die Alternative zu kapitalistischem Leistungs- und Verwertungszwang ist eine Gesellschaft, in der für die Bedürfnisse der Menschen produziert wird und nicht für den Profit weniger FirmeneigentümerInnen, BänkerInnen und AktionärInnen. Wir wollen eine sozialistische Gesellschaft, in der alle Menschen in Würde leben können und der gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt ist.

Gegen den G20-Gipfel wird bundesweit und auch international ein vielfältiger Widerstand organisiert. Es werden Protestcamps, Aktionen, Blockaden und eine internationale Großdemonstration stattfinden. Kommt im Juli mit uns nach Hamburg, aus vielen Städten werden Bus- und Zuganreisen organisiert. Zeigen wir den Herrschenden, was wir von ihrer Politik halten. Lasst uns gemeinsam auf die Straße gehen, für eine Welt jenseits des Kapitalismus.

Ein paar Hardfacts um die Gruppe der 20
Die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer besteht aus 19 Staaten und der EU. Die G20-Staaten umfassen zwei Drittel der Weltbevölkerung, erwirtschaften 90% des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bestreiten 80% des Welthandels. In den G20-Staaten sind die Länder mit den größten Militärhaushalten und die weltweit größten Waffenexporteure vertreten, wie die USA, China, Russland, die BRD, Großbritannien und Saudi-Arabien.

Geschichte der G20
Seit 2008 sind bei den G20-Treffen auch die Staats- und Regierungschefs dabei, zuvor hatten sich, erstmalig 1999, die Finanzminister getroffen. Die Weltbank und der IWF sind bei allen Beratungen dabei. Anlass für die Gründung der G20 war die Wirtschaftskrise in Asien Ende der 90er Jahre und die stärkere wirtschaftliche Bedeutung der sogenannten Schwellenländer. Schon geschichtlich handelt es sich also bei den G20-Treffen viel eher um ein Werkzeug des kapitalistischen Krisenmanagements, als um ein Treffen, bei dem es um gesellschaftlichen Wohlstand für alle BewohnerInnen dieser Erde und den Schutz der Natur geht.

Die Ereignisse in der Türkei überschlagen sich. Wir hören und erfahren von Massenverhaftungen, Einschüchterungen, der Schließung und weitgehenden Gleichschaltung der übrig gebliebenen Medien, verbunden mit einer nationalistischen Massenpropaganda. Im Zuge der Abstimmung zur Errichtung der Präsidialdiktatur am 16. April ist die aktuelle Situation in der Türkei auch in Deutschland ein großes Thema. Doch was ist los in der Türkei?

Die Konzentration der Macht…
Die Gezi-Park-Proteste entzündeten sich 2013 nicht nur an geplanten Baumaßnahmen am Istanbuler Taksim-Platz, sondern auch am autoritären Führungsstil der AKP und gehören somit zu den größten Protesten der türkischen Geschichte. Die Demonstrationen zigtausender Menschen wurden mit brutalen Polizeieinsätzen beantwortet. Die Revolution im syrischen Rojava hat auch unter der kurdischen Bevölkerung der Türkei die Zuversicht auf die eigene Stärke wachsen lassen. Um das zu unterbinden, ließ das türkische Regime dem IS logistische Hilfe und Waffenlieferungen zukommen, um die Selbstverwaltung in Rojava zu schwächen. Im Jahr 2015 erreichte die AKP bei den Parlamentswahlen nicht die von ihr erhoffte Mehrheit. Stattdessen zog die linke pro-kurdische Partei HDP mit 13% ins Parlament ein. Schlägertruppen der AKP gingen auf die Straßen und griffen Büros der HDP, kritische Medien und AktivistInnen an. Die Antwort des türkischen Staates auf die verlorene Wahl war es den Krieg gegen die Bevölkerung in den kurdischen Gebieten zu untensivieren und Neuwahlen einzuberufen.

Der gescheiterte Militärputsch vergangenes Jahr führte zur sprunghaften Eskalation. Viele Menschen, die bisher eher kritisch gegenüber Erdogan eingestellt waren, haben sich hinter ihm gesammelt und befürworteten „einen starken Mann im Staat“. Aus dem Staatsapparat wurden Zehntausende entlassen oder festgenommen und durch AKP-treues Personal ersetzt. Kritische Medien wurden geschlossen, die übrig gebliebenen weitgehend gleichgeschaltet. Parlamentsabgeordnete der HDP und linke AktivistInnen wurden verhaftet. Der ausgerufene Ausnahmezustand ermöglichte es der AKP, ohne Parlamentsmehrheiten oder die Beachtung von Verfassungsrechten, zu handeln und Erdogan diktatorische Macht zu übertragen. Die Abstimmung zum Präsidialsystem am 16. April dient einzig zur Legitimierung seiner Diktatur.

…die kapitalistische Krise,
Nicht nur politisch steckt der türkische Staat in einer tiefen Krise. Die Wirtschaft stagniert, die Immobilienblase wächst immer weiter, die Tourismusbranche ist eingebrochen und wegen der unsicheren Situation wird ausländisches Kapital aus der Türkei abgezogen. In weniger als einem Jahr ist die Arbeitslosigkeit drastisch gestiegen. Der Teil der türkischen Unternehmer, der stärker auf ausländische Investitionen angewiesen ist, hält still, um nicht selbst ins Kreuzfeuer zu geraten, während der andere Teil Erdogan und die AKP in ihrem Kurs massiv unterstützt. Der eigene Einfluss soll ausgebaut, die Profite dadurch erhöht und soziale Kämpfe durch einen mächtigen Staatsapparat zerschlagen werden.

…und die Antwort der herrschenden Klasse.
Die Türkei rutscht dabei immer weiter in Richtung Faschismus. Der Staatsapparat wird kontinuierlich weiter zur Diktatur umgebaut. Die massenhafte nationalistisch-islamistische Stimmungsmache dient als Stütze der politischen Herrschaft. Teile des Großkapitals unterstützen Erdogan und die AKP und sind bereit, sich für die Durchsetzung ihrer Interessen vom letzten Rest bürgerlicher Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu verabschieden. Bis auf die linke und pro-kurdische HDP haben sich alle relevanten Parteien weitgehend dem Kurs der AKP untergeordnet. Oppositionelle werden mit massiver Repression und Terror überzogen. Einem vollständig entwickelten faschistischen Herrschaftssystem in der Türkei stehen jedoch noch Abhängigkeiten von anderen Ländern und eine immer noch starke Widerstandsbewegung im Weg.

Teil des Problems – die BRD
Von diesem Widerstand erfahren wir hierzulande aus den Medien nur wenig. In der bürgerlichen Presselandschaft Deutschlands ist die Berichterstattung zur Türkei häufig rassistisch aufgeladen. Die Positionierung des deutschen Staates zur Situation in der Türkei ist von den Interessen der herrschenden Klasse in Deutschland geprägt. Einer der größten Anteile ausländischen Kapitals in der Türkei kommt aus Deutschland. Die Möglichkeiten, Profite aus der Arbeit der lohnabhängigen Bevölkerung der Türkei zu schlagen, werden jedoch zunehmend kleiner. Außerdem versucht sich das türkische Regime als Regionalmacht zu etablieren, was wiederum den Einfluss Deutschlands und der EU in der Region zu schmälern droht. Diese Auseinandersetzung zwischen den Herrschenden in Deutschland, der EU und der Türkei sind der Hintergrund des öffentlichen Diskurses, in dem der türkische Staat und im Speziellen Erdogan, als durchgedrehtes „Schmuddelkind“ dargestellt wird, während Deutschland und die EU sich im Gegenzug als Hort von Demokratie und Menschenrechten in Szene setzen. Dass dieses Bild der BRD nichts mit der Realität zu tun hat, ist jedoch spätestens auf den zweiten Blick klar. Die Türkei ist noch immer wichtiger Partner im gemeinsamen NATO-Kriegsbündnis. Zum Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei schweigen deutsche Medien und PolitikerInnen und der Krieg gegen die Selbstverwaltung der Bevölkerung in Rojava wird von der BRD unterstützt. Der schmutzige Flüchtlingsdeal zwischen Deutschland und der Türkei kam zustande, während in der Türkei zeitgleich Menschen ermordet und zehntausende GegnerInnen des Regimes in Gefängnisse gesteckt wurden. Der Rüstungskonzern Rheinmetall baut zukünftig zusammen mit einem türkischen Konzern vor Ort Panzerfahrzeuge. Gegen wen diese Panzer eingesetzt werden, dürfte klar sein. Außerdem macht sich der deutsche Staatsapparat zum verlängerten Arm Ankaras in Deutschland. Linke und oppositionelle AktivistInnen aus der Türkei werden auch in Deutschland verfolgt und nach politisch motivierten Gerichtsverfahren weggesperrt. Oft kommen die Unterlagen für die Anklageschriften direkt von den türkischen Repressionsorganen. Sogar das Zeigen zahlreicher Symbole oppositioneller Gruppen und Organisationen wird in Deutschland strafrechtlich verfolgt.

Revolutionäre Solidarität stärken
Die Entwicklung in der Türkei ist nicht einfach mit einem „Nein“ am 16. April zu stoppen. Auch wenn die Wahl mit „Nein“ ausgeht, wird sich an der Situation in der Türkei nichts ändern. Die vorangehende Entwicklung zeigt, dass Erdogan und die AKP ihre Macht mit aller Gewalt verteidigen werden. Eine wirkliche Perspektive für die demokratische Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Interesse der Bevölkerung, bietet einzig der Aufbau einer wirkungsvollen Gegenmacht zum türkischen Regime. Der gemeinsame Widerstand von Linken und RevolutionärInnen, die zum Kampf gegen die faschistischen Entwicklungen in der Türkei bereit sind, ist unabdingbar für den Aufbau einer tatsächlich freien Gesellschaft in der Türkei.

Dieser Perspektive feindlich gegenüber steht allerdings nicht nur der türkische, sondern auch der deutsche Staat. Höchstes Ziel für beide ist, die Profite der kapitalistischen Konzerne aufrechtzuerhalten und ihre Macht auszudehnen. In diesem Konflikt stellen wir uns weder auf die Seite des türkischen, noch auf die Seite des deutschen Staates, sondern auf die der sozialen und demokratischen Kämpfe in der Türkei und Kurdistan und solidarisieren uns mit dem Widerstand der revolutionären Bewegung, die hier wie dort verfolgt wird!

KREUZWORTRÄTSEL

Hinweis: Bei diesem Kreuzworträtsel werden auch Umlaute (ö, ä, ü) sowie scharfes S (ß) verwendet.

01. Wir reden eigentlich nicht viel über's Wetter, aber der erste Mai wird ...?

02. Die EU ist ein ...?

03. Einen Rückfall hinter erreichte Standarts nennt man auch einen gesellschaftlichen ... (engl.)?

04. Alle vier Jahre fühlt man sich wonach für dumm verkauft?

05. Am ersten Mai auf die ...?

06. Womit können wir Kapitalisten Feuer unterm Hintern machen ...?

07. Was uns weiter bringt, ist Klassenkampf und Solidarität statt rechter ...?

8. Welche gesellschaftliche Gruppe wird durchschnittlich 20% schlechter bezahlt?

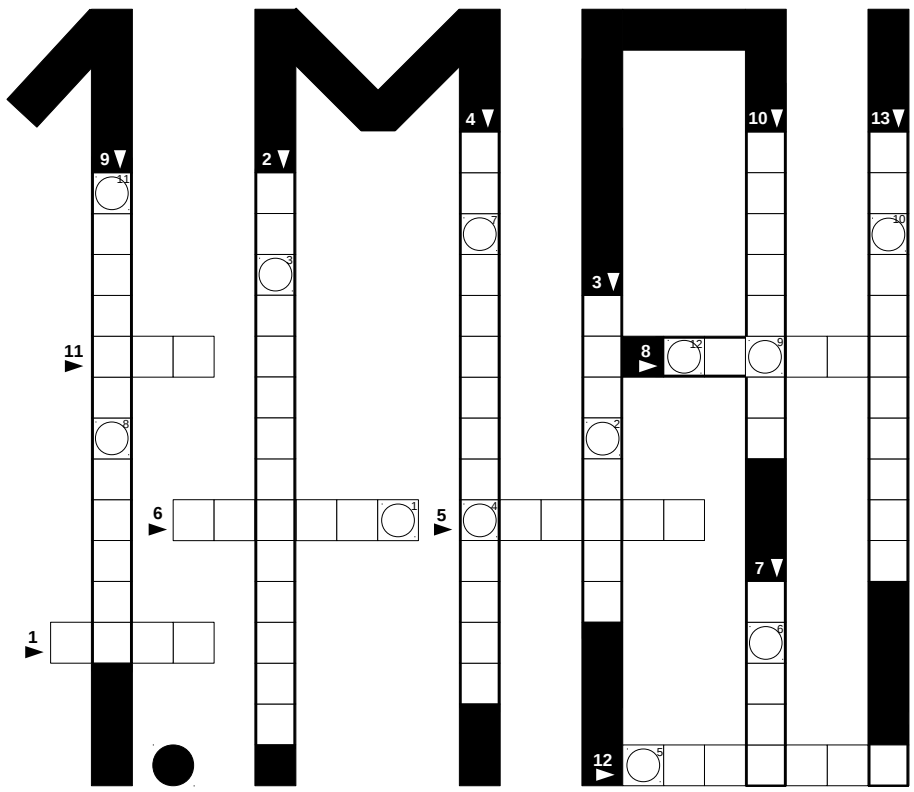
09. Wegen der Profitlogik gibt es woran einen Mangel im Krankhaus?

10. In welchem Land haben Arbeiterinnen und Arbeiter vor 100 Jahren ihre Zukunft selbst in die Hand genommen?

11. Im Juli treffen wir uns in Hamburg, um bei den Protesten wogegen teilzunehmen?

12. Kapitalismus ist ...?

13. Weil auch ihr die Antwort auf Frage 12 kennt, muss unsere Perspektive sein ...?



Unser Lösungswort ist:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Die Lösungen sind auf Seite 2 unterhalb des Impressums abgedruckt.

TERMINE AM 1. MAI 2017

Berlin
Klassenkämpferischer Block auf der DGB-Demo | 9:30 Uhr | Hackescher Markt
Revolutionäre 1. Mai-Demo | 18 Uhr | Oranienplatz

Hamburg
Achtet auf aktuelle Ankündigungen unter www.prp-hamburg.org

München
Revolutionärer Block auf der DGB-Demo | 9.45 Uhr | Gewerkschaftshaus
Revolutionäres 1. Mai-Fest / Konzert „All power to the people!“ | 16.00 Uhr | Glockenbachwerkstatt

Stuttgart
Antikapitalistischer Block auf der Gewerkschaftsdemo | 10 Uhr | Marienplatz
Revolutionäre 1. Mai Demo | 11:30 Uhr | Schlossplatz

Villingen-Schwenningen
Klassenkämpferische Beteiligung an der DGB-Demo
10 Uhr | Gewerkschaftshaus VS-Schwenningen

Aktuelle Infos: **www.perspektive-kommunismus.org**